

Arbeitsmarktintegration von Zuwanderungsgruppen in Deutschland

Die Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes wird derzeit durchweg positiv bewertet. Eine detaillierte Betrachtung nach unterschiedlichen Zuwanderungsgruppen im Vergleich zu Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit deutscher Staatsangehörigkeit zeigt zugleich, dass nicht alle in gleichem Maße von dieser Entwicklung profitieren. Anhand der Arbeitsmarktkennzahlen analysiert das vorliegende Working Paper die Arbeitsmarktintegration von Zuwanderungsgruppen aus der EU, aus Staaten des Westbalkans und aus nichteuropäischen Asylherkunftsländern.

1. Vorbemerkung

Für die vergleichende Analyse der Arbeitsmarktintegration in Deutschland werden (a) Deutsche, (b) Ausländerinnen und Ausländer insgesamt sowie verschiedene Zuwanderungsgruppen (c) aus EU-Staaten und (d) aus Asylherkunftsländern betrachtet.¹ Für den Vergleich werden die unterschiedlichen Zugangsvoraussetzungen der Zuwanderungsgruppen zum deutschen Arbeitsmarkt berücksichtigt: wichtige Einflussfaktoren sind z. B. unterschiedliche rechtliche Regelungen und faktische Barrieren, wie mangelnde Sprachkenntnisse und ungleiche Bedingungen für die Anerkennung von Berufsabschlüssen. Das vorliegende Paper betrachtet die Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes seit August 2014, acht Monate nach der Aufhebung der Zugangsbeschränkungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Bulgarien und Rumänien.

¹ Als Ausländerinnen und Ausländer gelten alle Personen ohne deutschen Pass. Die Kategorie EU-28 umfasst die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union seit dem 1. Juli 2013 (Darstellung ohne deutsche Staatsangehörige). EU-8 gruppiert die Beitrittskandidaten des Jahres 2004: Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowenien, Slowakei, Tschechien und Ungarn. Die GIPS-Staaten sind: Griechenland, Italien, Portugal und Spanien. EU-2 erfasst Bulgarien und Rumänien (Beitritt 2007). Zu den nichteuropäischen Asylherkunftsstaaten zählen die derzeit wichtigsten außereuropäischen Herkunftsländer von Asylsuchenden: Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien. Der Begriff Balkanstaaten umfasst die Asylherkunftsländer des westlichen Balkans: Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Mazedonien und Serbien.

2. Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

„Die Nachfrage nach neuen Mitarbeitern bewegt sich auf hohem Niveau. Die Arbeitslosigkeit ist im November saisonbereinigt weiter gesunken“ (Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2016c). Ein Blick auf die Entwicklung von Beschäftigungs- und Arbeitslosenquote in den letzten zwei Jahren zeigt jedoch sehr deutlich, dass in erster Linie deutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von dieser Entwicklung profitieren: Ihre Beschäftigungsquote war mit über 65 % konstant hoch, ihre Arbeitslosenquote sank im genannten Zeitraum sogar um einen Prozentpunkt von 7,1 % auf 6,1 %. Im Vergleich dazu waren nur rund 45 % der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland in den letzten zwei Jahren beschäftigt (Tendenz zwischen 2014 bis 2016 sinkend) und etwa 15 % unter ihnen arbeitslos (siehe Abbildung 1 und Abbildung 2).

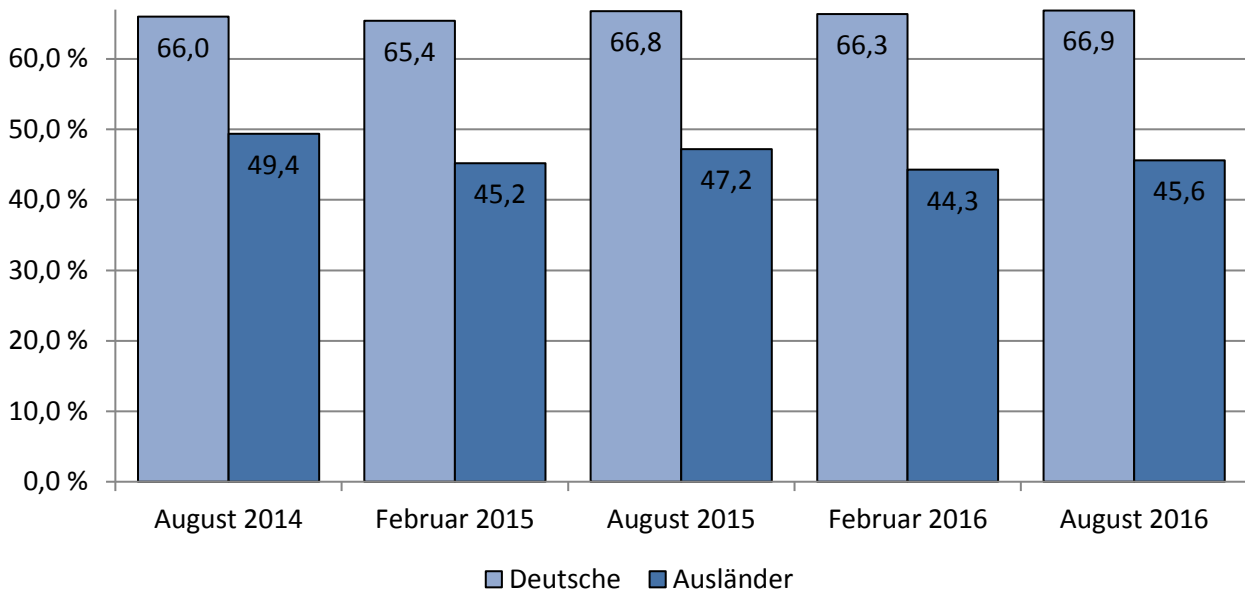


Abbildung 1: Beschäftigungsquote² der deutschen und ausländischen Beschäftigten im Vergleich
Daten inkl. sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SvB) und ausschließlich geringfügig Beschäftigten (agB). Eigene Darstellung nach Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2016a, IAB 2015, IAB 2016a und IAB 2016b.

² Die Beschäftigungsquote entspricht dem Anteil der Beschäftigten im Alter von 15 bis unter 65 Jahren an der jeweils gleichaltrigen Bevölkerung.

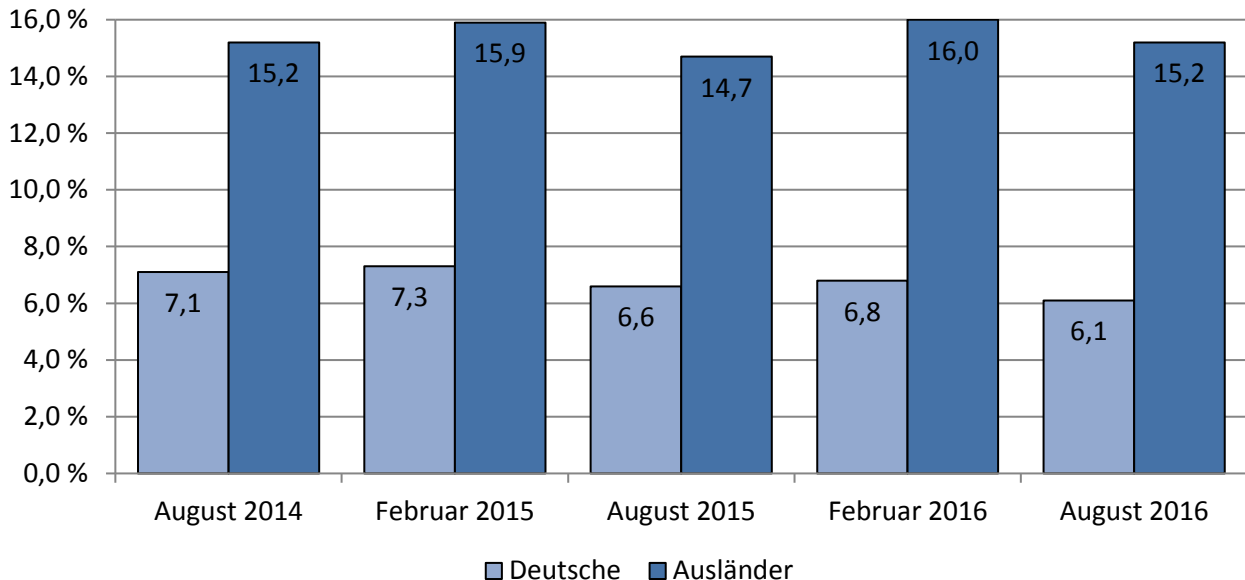


Abbildung 2: Arbeitslosenquote³ der Deutschen und Ausländerinnen und Ausländer im Vergleich

Eigene Darstellung nach IAB 2015, IAB 2016a und IAB 2016b.

Die getroffenen Aussagen gelten nicht für alle Ausländerinnen und Ausländer in gleichem Maße. Vielmehr zeigen sich starke Unterschiede im Arbeitsmarktzugang sobald man die Gruppe nach Herkunftsregionen unterteilt (siehe Abbildung 3 und Abbildung 4).

Der Blick auf Migrantinnen und Migranten aus nichteuropäischen Asylherkunftsstaaten zeigt, dass ihre Beschäftigungsquote nicht nur die niedrigste unter den Vergleichsgruppen ist, sondern seit August 2014 außerdem sinkt: Aktuell sind nur 15,1 % der Menschen aus nichteuropäischen Asylherkunftsstaaten in Deutschland beschäftigt. Vor zwei Jahren waren es noch 29,7 %. Dies ist im Zusammenhang mit der starken Zuwanderung von Geflüchteten in den letzten zwei Jahren und dem damit verbundenen maßgeblichen Anstieg ihrer Gesamtzahl zu sehen. Allerdings waren Personen aus nichteuropäischen Asylherkunftsländern bereits vor 2015 die Gruppe mit der niedrigsten Beschäftigungs- und höchsten Arbeitslosenquote unter den Zuwanderungsgruppen. Für die Arbeitslosenquote zeichnet sich ein korrelatives Bild ab: ein Anstieg der Quote von 38,3 % im Jahr 2014 auf 53,5 % im Jahr 2016.

Die Zugewanderten aus der Europäischen Union weisen dagegen die höchste Beschäftigungsquote sowie die niedrigste Arbeitslosenquote auf, was nicht zuletzt daran liegt, dass EU-Bürgerinnen und EU-Bürger mit der Arbeitnehmerfreizügigkeit bessere Möglichkeiten für eine schnelle Arbeitsmarktintegration haben. Innerhalb

³ Aus Gründen der Datenverfügbarkeit zeigt die Abbildung die Arbeitslosenquoten mit eingeschränkter Bezugsgröße. Diese bezieht sich auf die Zahlen der sozialversicherungspflichtig sowie geringfügig Beschäftigten und die der Arbeitslosen. Sie fallen damit definitionsgemäß höher aus als die Standard-Quoten, die auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen berechnet werden.

dieser Gruppe ist die Beschäftigungsquote am höchsten bei Menschen aus Bulgarien und Rumänien, wobei starke Saisonschwankungen zu verzeichnen sind.

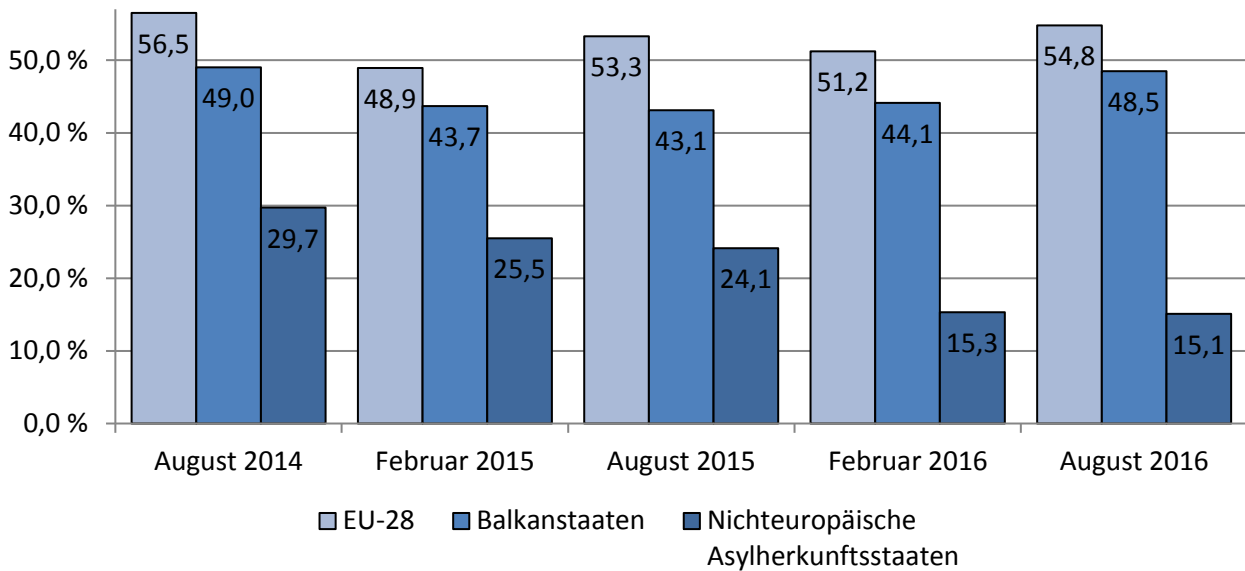


Abbildung 3: Beschäftigungsquote nach Zuwanderungsgruppen

Daten inkl. sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SvB) und ausschließlich geringfügig Beschäftigten (agB). Eigene Darstellung nach IAB 2015, IAB 2016a und IAB 2016b.

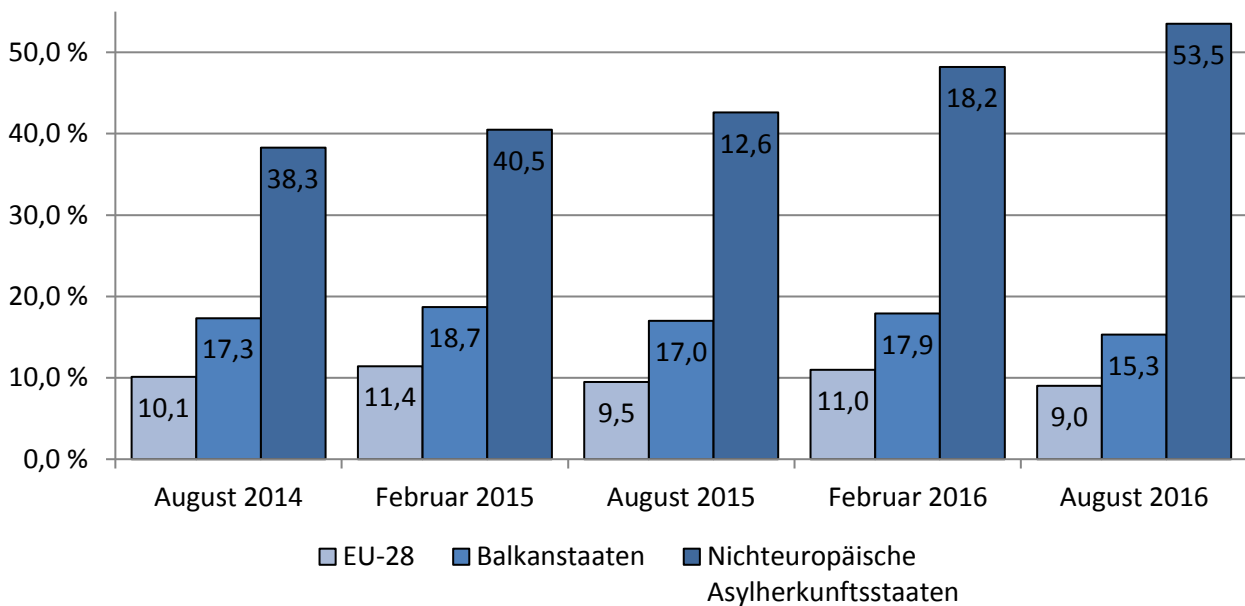


Abbildung 4: Arbeitslosenquote nach Zuwanderungsgruppen

Eigene Darstellung nach IAB 2015, IAB 2016a und IAB 2016b.

Angesichts der Entwicklung des Migrationsgeschehens in Deutschland (siehe Working Paper 05/2016) ist nicht nur ein Blick auf die Beschäftigungs- und Arbeitslosenquoten nötig, sondern auch auf die absoluten Zahlen. Abbildung 5 zeigt deren Entwicklung im Vergleich zum Vorjahr.

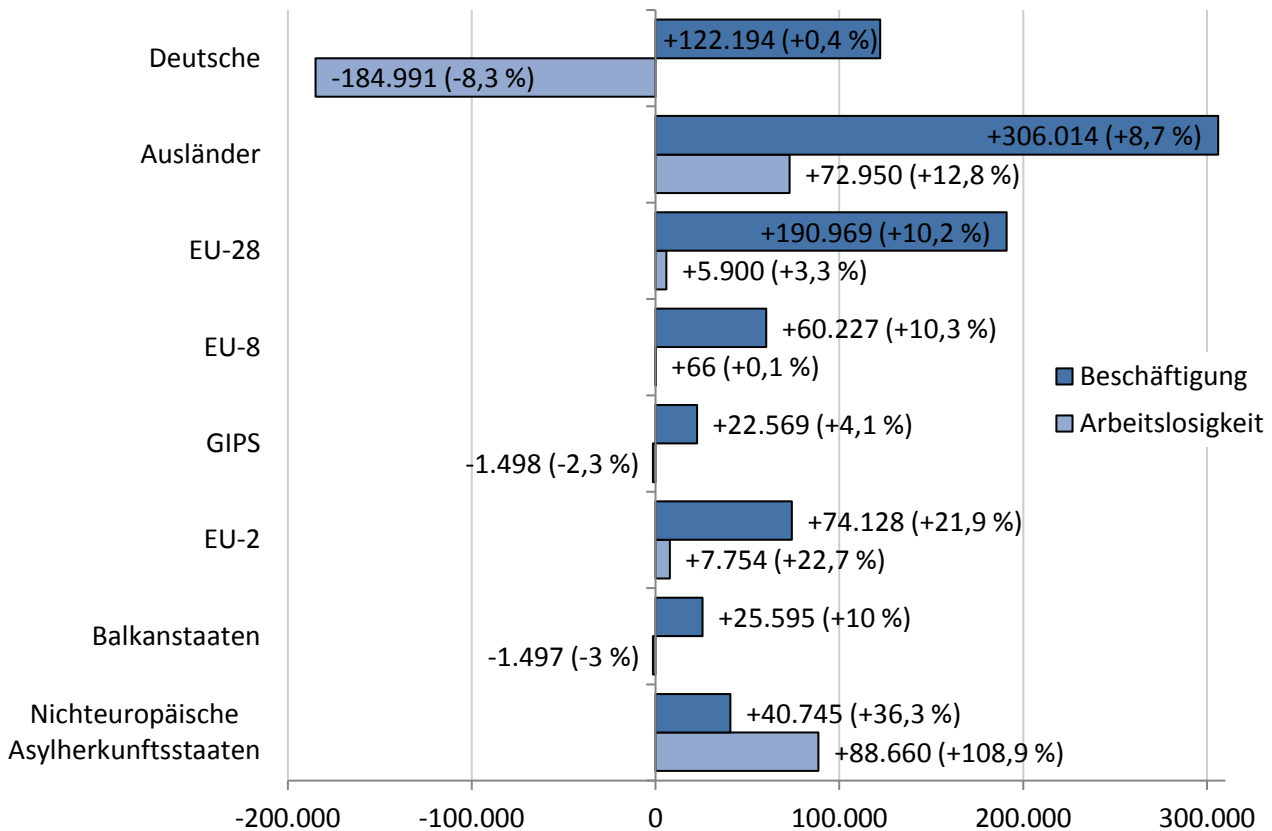


Abbildung 5: Beschäftigte und Arbeitslose nach Zuwanderungsgruppen im Vergleich zum Vorjahr
Stand August 2016. Eigene Darstellung nach IAB 2016.

Sofort fällt auf, dass die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer, die in einem Jahr in den Arbeitsmarkt eingetreten sind (306.014, +8,7 %), viel höher ist als die der Deutschen (122.194, +0,4 %). Die sinkende Tendenz der Beschäftigungsquote geht also mit einem Anstieg der absoluten Beschäftigung von Migrantinnen und Migranten einher und ist folglich auf die Zuwanderung im gleichen Zeitraum zurückzuführen. In allen Gruppen hat die Beschäftigung im Vergleich zum Vorjahr zugenommen, wenngleich in unterschiedlichem Maß. Es bleibt abzuwarten, ob der Arbeitsmarkt in Zukunft in der Lage sein wird, auf die neuen potenziellen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu reagieren. Laut einer Studie der OECD und der Europäischen Kommission dauerte es in der Vergangenheit bis zu 20 Jahre, bis die Beschäftigungsquote von Geflüchteten das Niveau von Inländerinnen und Inländern erreicht hat (Europäische Kommission/OECD 2016: S. 22).

Während sich die Beschäftigungszahlen, auch im Vergleich zu deutschen Staatsangehörigen, bei allen Zuwanderungsgruppen positiv entwickeln, wird bei der Betrachtung der Arbeitslosenzahlen der schwierigere Zugang für Migrantinnen und Migranten zum Arbeitsmarkt deutlich. Während die Arbeitslosenzahl bei den Deutschen im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesunken ist (-184.991, -8,3 %), ist diese bei ausländischen Personen gestiegen (+72.950, +12,8 %). Im Zusammenhang mit der Zuwanderung von Geflüchteten zeigt sich ein Anstieg der Arbeitslosenzahlen zwischen August 2015 und August 2016 unter Personen aus nichteuropäischen Asylherkunftsländern um 108,9 % (+88.660). Sie sind damit auch die einzige Gruppe, in der die Zahl der Arbeitslosen stärker gestiegen ist, als die der Beschäftigten.

Demnach kann festgehalten werden, dass Ausländerinnen und Ausländer von den positiven Entwicklungen am Arbeitsmarkt weniger profitiert haben als deutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – mit den bereits skizzierten Unterschieden: EU-Bürgerinnen und EU-Bürger sind unter den Zuwanderungsgruppen in einem höheren Maße in den deutschen Arbeitsmarkt integriert. Bei Menschen aus den westlichen Balkanstaaten zeigen sich positive Entwicklungen. Den schwierigsten Zugang zum Arbeitsmarkt haben Menschen aus nichteuropäischen Asylherkunftsstaaten.

3. Art der Beschäftigung

Ein weiterer zentraler Indikator für die Arbeitsmarktintegration ist die Art der Beschäftigung (siehe Abbildung 6). Hier ist festzuhalten, dass der Großteil der Beschäftigten aus allen Vergleichsgruppen eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit (SvB) ausübt. Die Zahlen zeigen, dass der Zugang zu sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen für europäischen Migrantinnen und Migranten – mit Abstufungen – gut funktioniert. Im höheren Anteil der ausschließlich geringfügig Beschäftigten (agB) zeigt sich aber auch, dass besonders Personen aus nichteuropäischen Asylherkunftsstaaten und Balkanstaaten einen deutlich schwierigen Zugang in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung haben. Die Anzahl der ausländischen agB ist im Vergleich zum Vorjahr in 2016 um 3,2 % angestiegen, während die Zahl der deutschen agB im selben Zeitraum um 1,6 % gesunken ist. Betrachtet man diesen Anstieg genauer, so ist die Zahl vergleichsweise stark bei den agB aus den nichteuropäischen Asylherkunftsländern (+23,7 %) sowie aus den EU-2-Staaten (+22,9 %) gestiegen. Auch in den übrigen EU-Zuwanderungsgruppen ist ein Anstieg an agB zu verzeichnen, jedoch fiel dieser deutlich geringer aus (EU-8 +2,9 %; GIPS +0,1 %; Balkanstaaten +4,1 %).

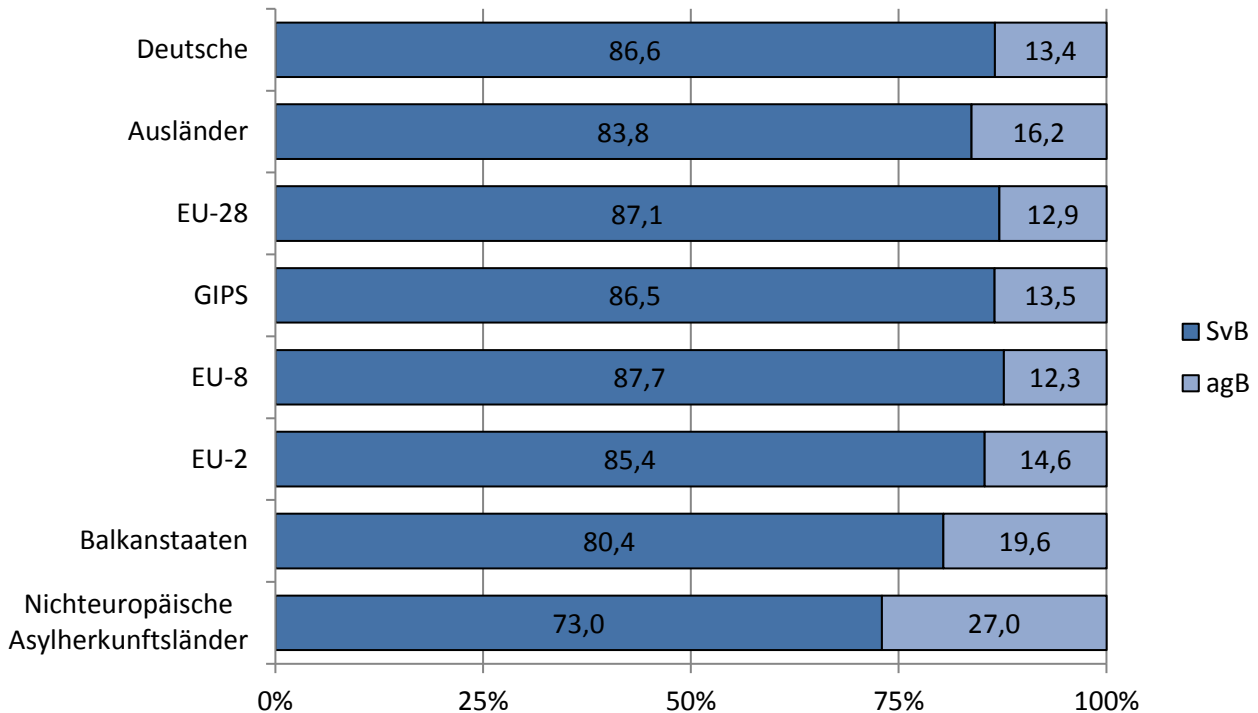


Abbildung 6: Verteilung von SvB und agB nach Zuwanderungsgruppen

Stand März 2016. Eigene Darstellung nach Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2016b.

4. Anforderungsniveaus

Als weiteren Indikator der Arbeitsmarktintegration wird das Anforderungsniveau, das an die Arbeitskraft gestellt wird, betrachtet. Unterschieden wird entsprechend der Einteilung der Bundesagentur für Arbeit nach Helfer, Fachkraft, Spezialist und Experte, wobei aufsteigend höhere Anforderungen an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gestellt werden. Es handelt sich dabei um „eine Kennzahl für die Komplexität der ausgeübten Tätigkeit. Sie ist immer für einen bestimmten Beruf typisch und außerdem unabhängig von der formalen Qualifikation einer Person“ (Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2013). Dies bedeutet u. a., dass Menschen in einem Anforderungsniveau beschäftigt sein können, das ihren Qualifikationen nicht entspricht.

In Abbildung 7 fällt sofort die große Diskrepanz zwischen Deutschen und Migrantinnen und Migranten auf, wobei sich die einzelnen Zuwanderungsgruppen teilweise auch hier stark unterscheiden. Die Überrepräsentation der Migrantinnen und Migranten in den geringeren Anforderungsniveaus gegenüber Deutschen hat auch Auswirkungen auf das Lohnniveau. In einer Analyse der Entgeltstatistik der Bundesagentur für Arbeit wird z. B. aufgezeigt, dass EU-Bürgerinnen und EU-Bürger öfter als Deutsche im Niedriglohnsektor beschäftigt sind und dies trotz erreichtem Fachkräfteniveau: „Mit höherer Anforderung steigt das Entgeltniveau, oder anders gesagt: je höher das Anforderungsniveau, desto weniger Menschen aus einer Gruppe finden sich im

Niedriglohnsektor. Tatsächlich verdienen Geringqualifizierte besonders häufig Niedriglöhne – unabhängig von der Herkunftsgruppe. Aber bei [Migrantinnen und] Migranten ist selbst auf Fachkraftniveau rund die Hälfte im Niedriglohnsektor beschäftigt“ (Burkert 2015).

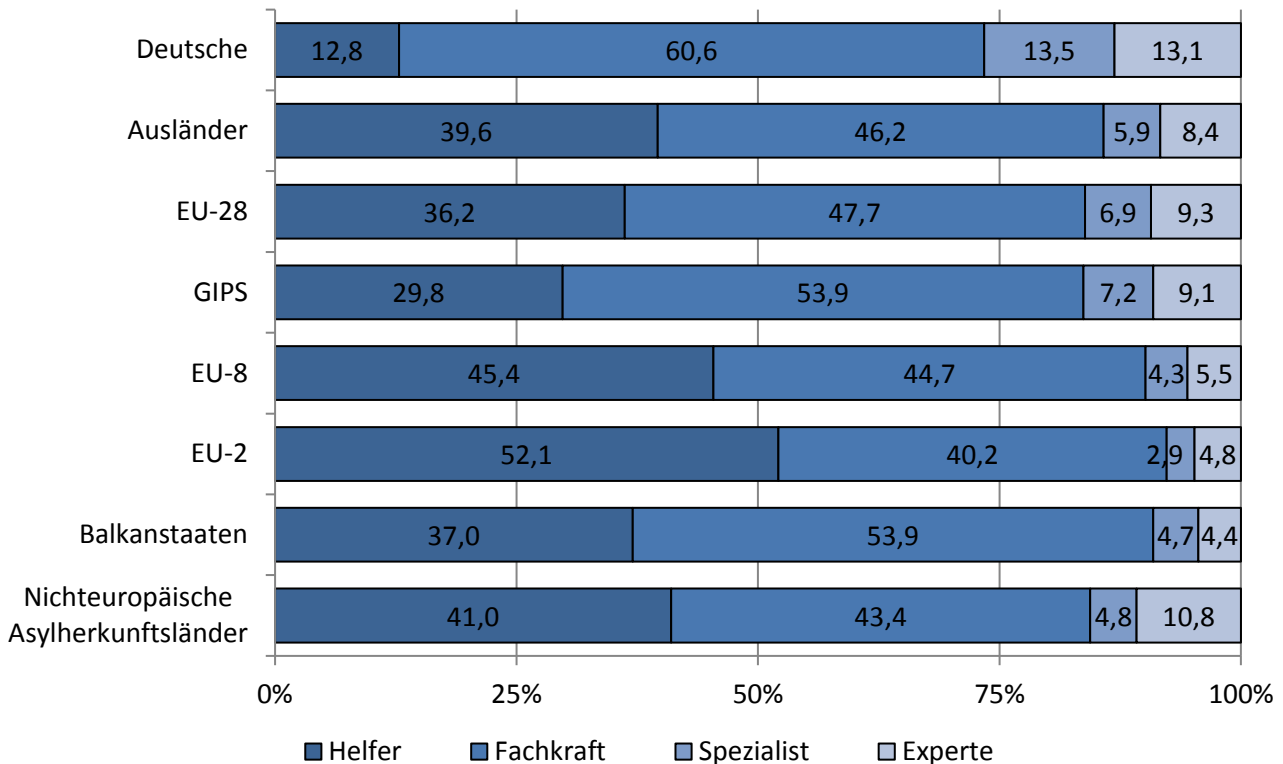


Abbildung 7: Verteilung von Anforderungsniveaus nach Zuwanderungsgruppen

Summe der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SvB) und der ausschließlich geringfügig Beschäftigten (agB). Stand März 2016. Eigene Darstellung nach Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2016b.

5. Verteilung nach Arbeitsbranchen: Überrepräsentation von Migrantinnen und Migranten in Niedriglohnbranchen

Die Frage der Niedriglöhne stellt sich auch in Bezug auf die Arbeitsbranchen, in denen Migrantinnen und Migranten typischerweise arbeiten. Bei einem ersten Blick fallen erhebliche Unterschiede zwischen deutschen und ausländischen Beschäftigten auf (siehe Abbildung 8). Ausländerinnen und Ausländer sind häufiger in Arbeitsbranchen des Dienstleistungsbereichs wie dem Gastgewerbe⁴ (+7,8 Prozentpunkte), der Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen⁵ (+6,7 Prozentpunkte) sowie dem Verkehr und der Lagerei

⁴ Das Gastgewerbe erfasst alle Tätigkeiten der Gastronomie und Hotellerie.

⁵ Unter „sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen“ werden u. a. Wach- und Sicherheitsdienste, Hausmeisterdienste, Reinigungstätigkeiten und Call Center zusammengefasst.

(+1,8 Prozentpunkte) tätig. Zudem sind sie öfter als die Deutschen als Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter beschäftigt (Arbeitnehmerüberlassung, +4,3 Prozentpunkte).

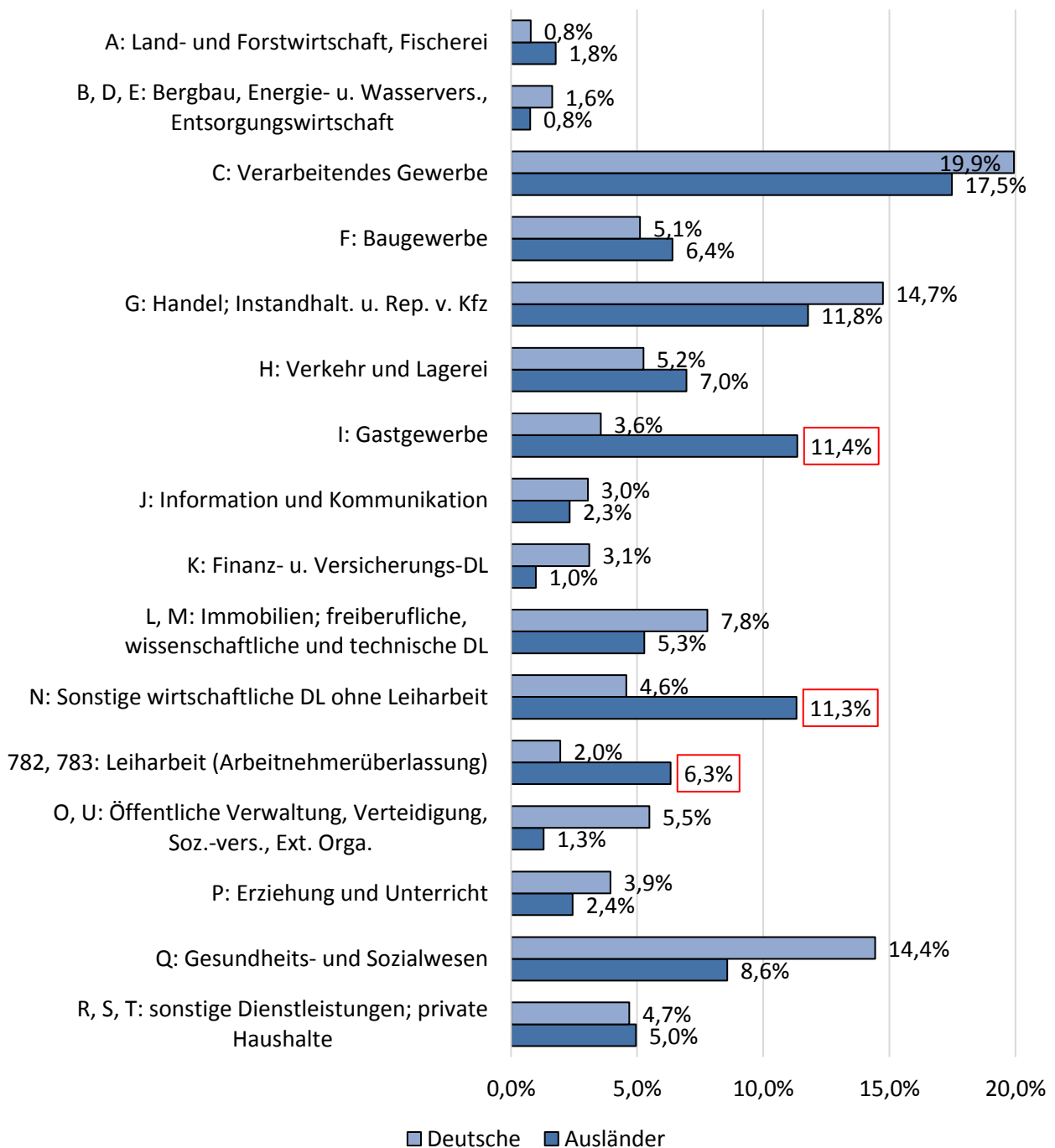


Abbildung 8: Arbeitsbranchen der deutschen und ausländischen Beschäftigten im Vergleich
Daten inkl. sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SvB) und ausschließlich geringfügig Beschäftigten (agB). Stand März 2016. Eigene Darstellung nach Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2016b.

Gastgewerbe, Verkehr und Lagerei sowie Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen werden als Niedriglohnbranchen bezeichnet; d. h. es handelt sich um Branchen mit einem geringen Durchschnittsverdienst und einem hohen Anteil an Niedriglohnbeziehern. Im 2. Quartal 2016 betrug der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst im Gastgewerbe bspw. 1.337 Euro und im Bereich der sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen inkl. Arbeitnehmerüberlassung 1.762 Euro (Statistisches Bundesamt 2016). Damit lag der Verdienst in diesen Branchen weit unter dem Durchschnitt des Dienstleistungsbereichs (2.910 Euro).

Das ist auch einer der Faktoren, warum Ausländerinnen und Ausländer mit einem Medianeinkommen von 2.467 Euro am Stichtag des 31.12.2015 wesentlich weniger verdienten als Deutsche mit 3.141 Euro (Deutscher Bundestag 2016: 9-16). Der Unterschied steigt zudem seit einigen Jahren weiter an. Anfang der 2000er Jahre lag er noch konstant bei etwa 200 Euro (jeweils Stichtag 31.12. von 2000 bis 2005). Seitdem stieg der Einkommensunterschied auf über 300 Euro im Jahr 2010 und seitdem rapide auf 674 Euro an (ebd.).

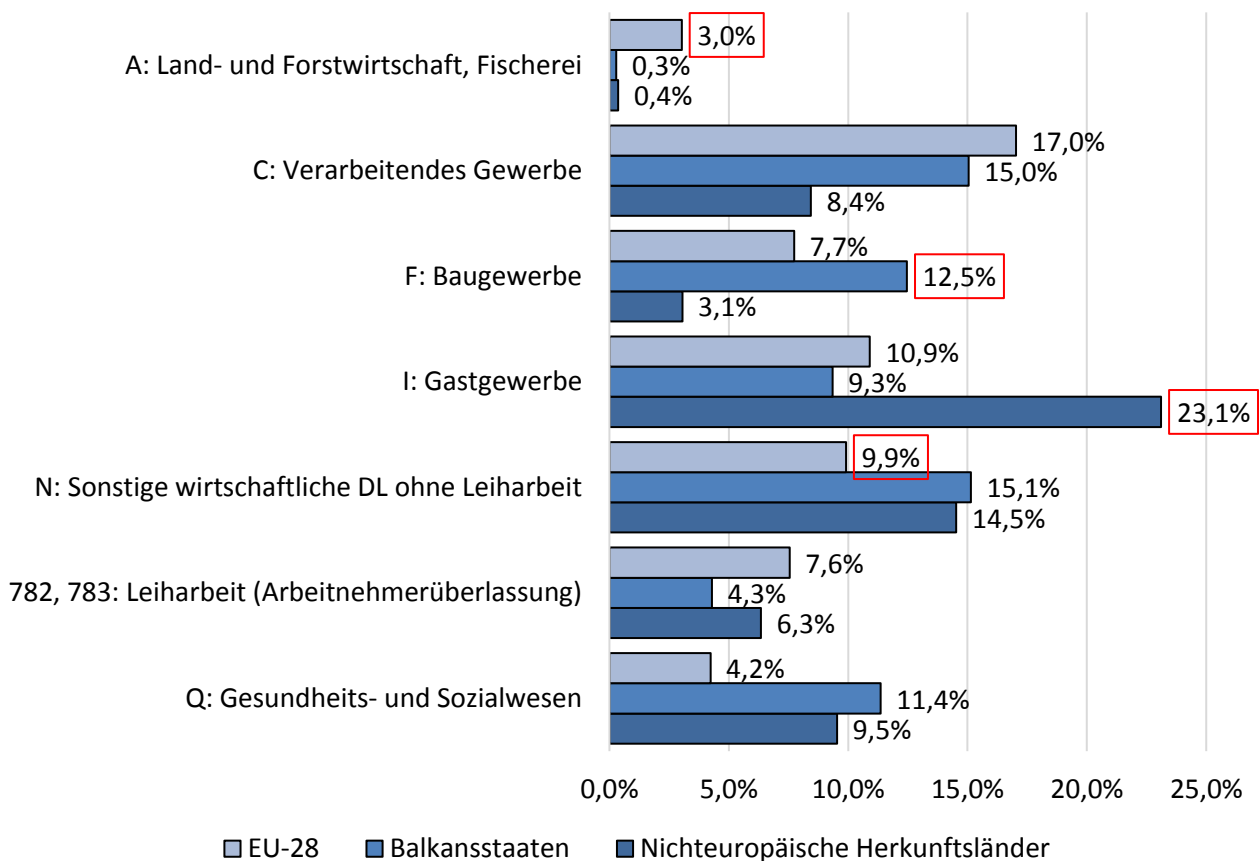


Abbildung 9: Ausgewählte Arbeitsbranchen unterteilt nach Zuwanderungsgruppen

Daten inkl. sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SvB) und ausschließlich geringfügig Beschäftigten (agB). Stand März 2016. Eigene Darstellung nach Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2016b.

Betrachtet man die Verteilung der Zuwanderungsgruppen auf die einzelnen Arbeitsbranchen (siehe ausgewählte Branchen in Abbildung 9), fällt sofort auf, dass fast ein Viertel der Beschäftigten aus nichteuropäischen Herkunftsländern im Gastgewerbe tätig ist. Hingegen arbeiten viel weniger Personen aus diesen Ländern im Verarbeitenden Gewerbe. Weitere markante Werte sind die deutlich niedrigeren Anteile der EU-Bürgerinnen und EU-Bürger in den Bereichen sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen und Gesundheits- und Sozialwesen. Auffällig ist auch der mit 12,5 % hohe Anteil an Angehörigen der Balkanstaaten im Baugewerbe (gegenüber nur 3,1 % bei Personen aus nichteuropäischen Asylherkunftsländern).

Insgesamt zeigt sich also ein sehr differenziertes Bild der Verteilung von Zuwanderungsgruppen in den Arbeitsbranchen. Migrantinnen und Migranten aus nichteuropäischen Asylherkunftsländern arbeiten vorwiegend im Gastgewerbe, Personen aus den Balkanstaaten wiederum häufiger in den Bereichen Pflege, Leiharbeit und Baugewerbe, um nur einige Auffälligkeiten zu nennen. Hierbei spielen sicherlich auch die Wirkungen von Netzwerken eine entscheidende Rolle.

6. Schlussfolgerungen

In Hinblick auf die Integration auf dem deutschen Arbeitsmarkt zeigen sich für die verschiedenen Zuwanderungsgruppen teilweise starke Unterschiede zu deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern: Die Situation von Zugewanderten ist gekennzeichnet durch eine niedrigere Beschäftigungsbeteiligung, höhere Arbeitslosigkeit, atypische Arbeitsverhältnisse (geringfügige Beschäftigung und Leiharbeit), ein niedrigeres Durchschnittseinkommen, häufigere Arbeit in niedrigeren Anforderungsniveaus und höhere Anteile an Beschäftigung in typischen Niedriglohnbranchen. Dabei vergrößert sich in der Tendenz der Abstand zur Arbeitsmarktintegration von Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit. Dafür ist der seit 2010 rapide ansteigende Unterschied des Bruttomonatseinkommens zwischen Deutschen und Ausländerinnen und Ausländern ein deutliches Beispiel. Je nach Indikator der Arbeitsmarktintegration sind davon bestimmte Zuwanderungsgruppen besonders betroffen: z. B. Personen aus Rumänien und Bulgarien in ihrer Verortung auf besonders niedrigen Anforderungsniveaus sowie Menschen aus nichteuropäischen Asylherkunftsländern hinsichtlich der niedrigen Beschäftigungsquote und der hohen Arbeitslosigkeit.

Die Fragen, die in den kommenden Jahren zu beantworten sein werden, lauten deshalb: Wie kann die gleichberechtigte und faire Arbeitsmarktintegration gelingen? Wie kann einer verstärkten Arbeitsmarktsegregation auf Kosten bestimmter Gruppen entgegengewirkt werden? Wie können die typischen Barrieren, wie die Anerkennung von Berufsabschlüssen, unzureichende Sprachkenntnisse sowie rechtliche Hürden nachhaltig verringert werden? Hierfür gilt es, sowohl praktische Methoden und Konzepte zu erweitern oder neu aufzubauen als auch die Kenntnisse über die einzelnen Zuwanderungsgruppen auf statistischer und qualitativer Ebene zu verbessern.

Nachweise

- Burkert, C., 2015: EU-Migranten landen oft im Niedriglohnssektor. In Mediendienst Integration: <https://mediendienst-integration.de/artikel/iab-untersuchung-migranten-sind-auf-dem-arbeitsmarkt-oeffter-im-niedriglohnssektor-zu-finden.html> (20.12.2016).
- Deutscher Bundestag, 2016: Drucksache 18/10603. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Klaus Ernst, Frank Tempel, Sabine Zimmermann (Zwickau), weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Migration in der Arbeitswelt. Vorabfassung. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/106/1810603.pdf> (09.12.2016).
- Europäische Kommission/OECD, 2016: How are refugees faring on the labour market in Europe? A first evaluation based on the 2014 EU Labour Force Survey ad hoc module. <http://www.oecd.org/berlin/publikationen/Arbeitsmarktintegration-von-Fluechtlingen-EK-OECD-Arbeitspapier-092106.pdf> (20.12.2016).
- Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), 2015: Zuwanderungsmonitor. Aktuelle Berichte. Oktober 2015
- Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), 2016a: Zuwanderungsmonitor. Aktuelle Berichte. April 2016
- Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), 2016b: Zuwanderungsmonitor. Aktuelle Berichte. Oktober 2016
- Statistik der Bundesagentur für Arbeit, 2013: Methodische Hinweise zum Anforderungsniveau nach dem Zielberuf der auszuübenden Tätigkeit. https://statistik.arbeitsagentur.de/nn_280842/Statistischer-Content/Grundlagen/Methodische-Hinweise/AST-MethHinweise/Anforderungsniveau-Berufe.html (15.12.2016).
- Statistik der Bundesagentur für Arbeit, 2016a: Arbeitsmarkt in Zahlen. Migrations-Monitor Arbeitsmarkt - Eckwerte Arbeitsmarkt und Grundsicherung auf Bundesebene. Oktober 2016.
- Statistik der Bundesagentur für Arbeit, 2016b: Arbeitsmarkt in Zahlen. Beschäftigungsstatistik. Beschäftigte nach Staatsangehörigkeiten in Deutschland. 31.03.2016.
- Statistik der Bundesagentur für Arbeit, 2016c: Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland – Monatsbericht November 2016. <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/201611/arbeitsmarktberichte/monatsbericht-monatsbericht/monatsbericht-d-0-201611-pdf.pdf> (14.12.2016).
- Statistisches Bundesamt, 2012: Niedriglohn und Beschäftigung 2010. https://www.destatis.de/DE/Presse-Service/Presse/Pressekonferenzen/2012/niedriglohn/begleitmaterial_PDF.pdf?__blob=publicationFile (14.12.2016).
- Statistisches Bundesamt, 2016: Arbeitnehmerverdienste und Indizes der Arbeitnehmerverdienste - Fachserie 16 Reihe 2.4 - 2. Vierteljahr 2016. https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/VerdiensteArbeitskosten/Arbeitnehmerverdienste/ArbeitnehmerverdiensteLangeReihePDF_2160240.pdf;jsessionid=CD01081A6D81FD5611CF790CC5220C99.cae1?__blob=publicationFile (14.12.2016).

Autorinnen und Autoren

Maëlle Dubois, Wassili Siegert, Anne von Oswald, Janine Ziegler

Impressum

Fachstelle Einwanderung



Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung e.V.

Alt-Moabit 73

10555 Berlin

Tel.: +49 30 – 39 74 42 28

E-Mail: fe@minor-kontor.de

www.minor-kontor.de

<http://www.netzwerk-iq.de/fachstelle-einwanderung.html>